

Tibetische Privatschule in Qinghai geschlossen

Die Behörden in der Provinz Qinghai ordneten die Schließung einer privat betriebenen tibetischen Schule an, weil diese angeblich nicht offiziell registriert gewesen sei, und zwangen die Schüler statt dessen eine staatliche Schule in 20 Meilen Entfernung zu besuchen.

Die Behörden ordneten am 14. Januar die Schließung der im Bezirk Bayan Khar (Hualong), TAP Tsoshar (Haidong), gelegenen Schule an.

Die Schule, an der etwa 20 Schüler in tibetischer Sprache, Mandarin-Chinesisch und Mathematik unterrichtet werden, wurde von einer dort lebenden Geschäftsfrau, Yangmo Kyi, finanziert.

„Drei Jahre lang hatten tibetische Kinder in der Gemeinde Chungnyin überhaupt keine Bildungsmöglichkeit, daher beschloß Yangmo Kyi auf Bitten aus der Bevölkerung hin, eine Schule zu gründen, und sie arbeitete hart an ihrer Verwirklichung“, teilte eine Quelle mit, die anonym bleiben möchte. „Es war die Erfüllung der Träume der Schüler“.



„Unglücklicherweise ordneten die Bezirksbehörden am 14. Januar an, daß die Schule geschlossen wird, und nun müssen die Schüler weit fahren, um am Unterricht teilnehmen zu können“. „Sie wurden der nächst gelegenen staatlichen Schule zugewiesen, die 20 Meilen entfernt ist“.

Eine zweite Quelle vor Ort bezeichnete diese Maßnahme als „sehr unbequem für die Schüler“. „Eltern, die sich weigerten, ihre Kinder in die staatliche Schule zu schicken, wurde mit ‚Folgen‘ wegen Zuwiderhandlung gedroht, und es wurde ihnen gesagt, daß sie dafür zur Verantwortung gezogen würden. Dies ist ein deutliches Beispiel dafür, daß die Regierung tibetischen Schülern in entlegenen Gegenden nicht helfen kann“.

Im Mai 2014 machten sich die Behörden in der TAP Golog daran, eine Schule für tibetische Nomadenkinder zu schließen, weil ihr Betrieb angeblich den staatlichen Plänen, die Nomaden von ihren Weidegebieten umzusiedeln, in die Quere käme.

Und im April blockierten die chinesischen Behörden die Abhaltung eines traditionellen tibetischen Sprachwettbewerbs im Bezirk Ngaba wegen angeblicher „politischer Implikationen“ der Veranstaltung.

Das Recht auf ihre Sprache wurde in den letzten Jahren zu einem besonderen Fokus bei den Bemühungen der Tibeter, ihre nationale Identität zu behaupten. Chinesische Behörden verlangten oftmals die Einstellung von Sprachunterricht, der außerhalb des staatlich kontrollierten Bildungssystems stattfand, während tibetische Studenten und Schüler gegen die Verwendung von auf Chinesisch verfaßten Lehrbüchern protestierten.